Glacis. Der Schutz der deutschen Rheingrenze sei nicht der eigenen Kraft unseres Volkes, sondern dem schwankenden Interesse der Locarno-Protektoren England und Italien anvertraut. Das sei ein entwürdigender Ausnahmezustand. Die einseitige Entmilitarisierung des deutschen Westens müsse verschwinden.

Die Kundgebung am Deutschen Eck

Bei der großen deutschen Kundgebung für das abgetrennte Saar- und Pfalzgebiet, die am Sonntagmittag am Deutschen Eck stattfand, hielt Pfarrer Wilhelm aus Wehrden (Saar), Mitglied des Saar-Landesrats, die Festansprache. Er entbot der deutschen Saar mit seinen deutschen Menschen den deutschen Treuegruß. Unlösbar bleibe das Land an der Saar verbunden mit dem Rheine und mit der Mosel, es fühle sich als ein lebendiges Glied der deutschen Nation, es kenne keinerlei Minderheit fremden Volkstums, keinerlei sprachliche Mischung. Das Gefühl auch der politischen Zugehörigkeit zum deutschen Volke habe trotz der Wechselfälle der Grenzgeschichte an der Saar niemals geschwankt. Die deutsche Saarbevölkerung halte

treue Wacht an der Westmark.

bis durch die Abstimmung alle Absichten Frankreichs auf dieses Land zunichte geworden seien. Wenn man versuche, durch Hinweise auf die unsichere politische Lage im Reiche Hindernisse für die Abstimmung anzudeuten, so lasse das die Saarländer seelenruhig, denn sein deutsches Empfinden kenne keine „Konjunktur", es strebe über alle politischen Parteien und Richtungen hinweg geradenwegs zu den deutschen Volksgenossen. Ebensowenig könne auch das Gerede, das Saargebiet zu einem „Kompensationsobjekt" zu machen, als Schreckschuß wirken, denn keine deutsche Regierung werde die Saar preisgeben.

Wie der Saarländer trotz aller Leiden und Bedrückungen und Lockungen dem Reiche die Treue halte, so erwarte er, daß auch ganz Deutschland für das Saargebiet einstehe und ihm die Treue halte.

Gern sei man aber an der Saar zu einer Verständigung bereit, wenn Frankreich endgültig darauf verzichte, Ansprüche zu erheben, die unsere elementaren und unveräußerlichen Lebens- und Volksrechte mißachten und verletzen. Der Redner schloß mit dem Rufe: „Höre, Mutter Germania, die Saar, deine Tochter, ruft nach dir! Sie will wieder zu dir! Bedingungslos, restlos, auf immer!"

Französische Reden gegen Deutschland

Ein Marneschlacht-Denkmal eingeweiht

Paris, 11. Sept. Der französische Ministerpräsident Herriot hielt am Sonntag in Vareddes bei Meaux anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals zur Erinnerung an die Marneschlacht eine Rede, in der er zunächst den amerikanischen Botschafter Edge und den General Pershing herzlich begrüßte. Nachdem er auf die französisch-amerikanische Freundschaft hingewiesen hatte, erklärte er: Frankreich hat den Vorschlag Hoovers mit aufrichtigster Achtung entgegengenommen und erwägt ihn, um sich in wirksamer Weise dieser bemerkenswerten Initiative anzuschließen. Nach einem Hinweis auf den Briand-Kellogg-Pakt erklärte Herriot: Senator Borah würdigt die Haltung, die Frankreich in Lausanne im Interesse des Friedens eingenommen hat, mit einem Wohlwollen, das uns Undankbarkeit und Ungerechtigkeit leichter zu tragen hilft. Wenn wir uns aber selbst im notwendigen Maße bemüht haben, unsere Freunde zu verstehen, so haben wir vielleicht auch das Recht, unserseits an ihre Gerechtigkeit für Frankreich zu appellieren, dessen Prüfungen die Welt schon zu sehr vergessen hat, und das gewisse Propaganda-Feldzüge zu entstellen suchen. Herriot betonte sodann Frankreichs Friedensliebe und fuhr fort:

Mögen alle unsere Beunruhigung verstehen angesichts des Lärms gewisser gefährlicher Kundgebungen.

Unsere Besorgnis kann unsere Abscheu vor dem Ruf zu den Waffen nicht beseitigen. Sie bringt nur unseren bescheidenen Willen, bei uns in Frieden zu leben, zum Ausdruck. Sie läßt uns die notwendige Gemütsruhe, um einen Aufruf zur Versöhnung selbst an diejenigen zu richten, die uns hart bekämpft haben. Das sind in diesen Stunden, wo jeder aus tiefster Ueberzeugung sprechen soll, unsere Gefühle. Wir wünschen, daß man ihren Ernst versteht, und daß man sie so freimütig erörtert, wie wir sie selbst auseinandergesetzt haben. Die Aufrichtung des Friedens ist ohne einen solchen Gedankenaustausch unmöglich.

Der amerikanische Botschafter in Paris, Edge,

hielt eine Rede, in der er die amerikanisch-französische Freundschaft stark unterstrich. Er erklärte, nach amerikanischer Auffassung **bestehe das Grundrecht jedes Volkes darin, daß es gegen die Gefahr eines Einfalls geschützt sein müsse.** Der Glaube an die Gerechtigkeit dieses Grundsatzes sei im amerikanischen Volk so tief verwurzelt, daß es stets seinen moralischen und nötigenfalls seinen materiellen Beistand der überfallenen Nation leiste.

Kriegsminister Boncour

feierte den Sieg an der Marne als die Zertrümmerung eines ganzen politischen Systems. „Dieses System", so sagte er, „das von Deutschland mit der Methode durchgeführt wurde, die ihm eigen ist und das darin bestand, Milliarden in die Bewaffnung und alle wehrfähigen Kräfte in die Kasernen zu stecken, dieses System ist mit der Marneschlacht zusammengebrochen,

und Frankreich hat ein Recht, die anderen nicht wieder aufrüsten zu lassen."

Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett, der Große Generalstab und Angehörige von Kriegervereinen bildeten den äußeren Rahmen der Feierlichkeit, bei der keiner der Redner versäumte, auf den angeblichen Ueberfall auf Frankreich, die angebliche Verletzung der belgischen Neutralität und den Sieg Frankreichs hinzuweisen, der ihm nunmehr unwiderrufliche Rechte einräume, die nicht angetastet werden dürften.

Mussolini: Deutschland ist im Recht

Berlin, 11. Sept. Im „Berliner Börsen-Courier" veröffentlicht Mussolini in seiner Eigenschaft als italienischer Ministerpräsident und Außenminister unter der Ueberschrift „Deutschland ist im Recht!" einen aufsehenerregenden Artikel, in dem er unter anderem ausführt: „Das bedeutendste Ereignis in der internationalen Politik ist zur Zeit die Anmeldung des deutschen Anspruchs auf gleiches Recht auf dem Gebiet der militärischen Rüstungen.

Diese Forderung ist bereits in Interviews und anderen Aeußerungen des Generals von Schleicher erhoben worden, der immer mehr in den Vordergrund zu treten scheint und offensichtlich ein Mann von bemerkenswerter Entschlußkraft wie überhaupt die stärkste Persönlichkeit des Kabinetts Papen ist.

Die neue Lage entstand mit dem Tag, da Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen wurde. Im selben Augenblick wurde für Deutschland die juristische Gleichheit anerkannt, nämlich die Gleichheit der Rechte und Pflichten mit den anderen Mächten. Dann kam Locarno. Diese Garantie bedeutete offenbar, daß Deutschland und Frankreich auf dieselbe Stufe gestellt wurden, daß sie also beide dieselbe Verpflichtung haben, nicht anzugreifen, und dasselbe Recht auf Verteidigungsschutz bei einem Angriff des andern.

Dennoch ist Deutschland, trotz seiner Aufnahme in den Völkerbund, trotz des Locarno- und sogar trotz des Kellogg-Paktes, noch immer in der Verfassung eines Staates zweiten Ranges.

In dem Versailler Vertrag war die Abrüstung Deutschlands nur als Einleitung zu einer allgemeinen Senkung des Rüstungsstandards auf die Ebene des deutschen gedacht. Das war eine feierliche Verpflichtung, die bisher nicht eingehalten worden ist. Man muß notwendigerweise zu der Erkenntnis gelangen, daß die Abrüstungskonferenz in ihrer ersten und wichtigsten Phase schließlich Schiffbruch erlitten hat. Die Enttäuschung ist allgemein, besonders in Deutschland, wo man sich bewußt geworden ist, daß die Signatarmächte des Versailler Vertrages — mit Ausnahme Italiens — keinen Versuch gemacht haben, eine wirkliche Abrüstungspolitik zu treiben, und daß sie daher nicht mehr zum Vertrag stehen. Ursprung und Rechtfertigung der deutschen Forderung liegen in dem Versagen der Genfer Konferenz, die darauf hinzielt, das Bestehen zweierlei Rechts zu einem Dauerzustand zwischen Deutschland und den anderen Staaten zu machen.

Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz würde den endgültigen Verfall oder die unbefristete Vertagung der Abrüstungskonferenz zur Folge haben.

Es würde auch dem Völkerbund den Todesstreich versetzen, nachdem dieser ohnehin durch die Haltung Japans und durch die Vorbehalte Italiens ernstlich kompromittiert ist. Die allgemeine Sicherheit aller Staaten ist aufs engste verknüpft mit einem Maximalstand ihrer Rüstungen, besser gesagt mit einem Minimalstand. Eine wirkliche Abrüstung ist nur auf der Basis des Minimalstandards möglich, nicht durch die umgekehrte Methode.

Folgerichtig ist Deutschland, wenn der Rüstungsstandard nicht ermäßigt wird, in seinem Recht, wenn es aufrüstet. Diesem Recht auf Gleichheit kann nicht widersprochen werden; sonst würde Deutschland unter den Völkern deklassiert werden,

das heißt es würde unter die Staaten eingereiht werden, die sich nicht voller politischer und militärischer Souveränität erfreuen. Um Deutschlands Ausscheiden aus der Abrüstungskonferenz zu verhüten, ist es unvermeidlich, daß sein Recht auf Gleichheit in der Rüstungsfrage anerkannt wird. Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß es im ureigensten Interesse Deutschlands liegt, wenn es, Auge in Auge mit allen Staaten Europas, mit Amerika und der Weltmeinung, einen maßvollen Gebrauch von seinem Recht auf Gleichheit macht und dieses erst zur Geltung bringt, wenn die Abrüstungskonferenz — so oder so — ihre Arbeiten endgültig abgeschlossen hat.

Wenn Deutschland seine juristische Gleichheit erlangt hat, muß es der Welt seine Selbstbescheidung vor Augen führen, seine Klugheit und seinen aufrichtigen Wunsch nach Frieden und Zusammenarbeit.

Wenn aber die Abrüstungskonferenz mit einem Mißerfolg endet, muß die neue Organisation der militärischen Streitkräfte Deutschlands diesem Fehlschlag angepaßt werden. In dem Fall muß das Ergebnis einer Uebereinkunft zwischen allen beteiligten Staaten so sein, wie es Deutschland selbst zu wünschen nicht abgeneigt ist."

Die Antwort Frankreichs in Berlin überreicht

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Sept. Der französische Botschafter in Berlin, François Poncet, hat die Antwort der französischen Regierung auf die deutsche Forderung nach Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage am Sonntagmittag dem Außenminister, Freiherrn von Neurath, überreicht. Die französische Note, die am Montag gleichzeitig in Berlin und Paris zur Veröffentlichung gelangen soll, ist ziemlich umfänglich und lehnt, wie das schon die Pariser Presse mitzuteilen wußte, die deutsche Forderung ab.

Frankreich stellt sich dabei auf den Standpunkt, daß es mit Deutschland direkte Verhandlungen über Rüstungsfragen auf Grund des Versailler Friedensvertrages nicht führen könne.

Der deutschen Auslegung der Abrüstungsklausel wird widersprochen, und es wird behauptet, daß Deutschland keine Berechtigung hätte, aus der allgemeinen Lage für sich die Forderung nach Abrüstung abzuleiten. Frankreich hätte zum Teil schon abgerüstet. Zum Schluß wird dann Deutschland wegen Regelung der Frage der Gleichberechtigung an den Völkerbund verwiesen.

Die Reichsregierung wird die Note in Ruhe prüfen und in einiger Zeit darauf antworten. Der Reichskanzler wird in seiner großen Rede am Montag auf diese französische Antwort noch nicht eingehen. Es ist aber möglich, daß er im späteren Verlaufe der Reichstagsdebatte auf diese Angelegenheit noch zu sprechen kommt.

Der Stahlhelm zur politischen Lage

Berlin, 11. Sept. Der Bundesvorstand des Stahlhelms, der am 10. und 11. September in Magdeburg versammelt war, gibt zur politischen Lage folgende Verlautbarung bekannt:

„Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, begrüßt, daß der Reichspräsident, den Willen des Volkes erkennend, die Führung des Staates von Partei- und Sonderinteressen freigemacht hat. Wir verlangen eine nationale Staatsführung, die sich auf sich selbst stellt und nur eine Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber kennt. 14 Jahre haben bewiesen, daß diese Arbeit nicht durch Wahlen zu erreichen ist. Darum Schluß mit dem überlebten Parlamentarismus; wir verlangen von dieser Regierung, daß sie vorwärts marschiert. Handeln tut not. Nicht reden und fragen. So wird sie das Vertrauen des ganzen Volkes erobern."

Ein wehrpolitisches Amt der NSDAP.

München, 11. Sept. Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz veröffentlicht eine Verfügung Adolf Hitlers über die Errichtung eines wehrpolitischen Amtes der NSDAP., dem ein Kolonialreferat angegliedert wird. Mit der Leitung des wehrpolitischen Amtes wird General von Epp beauftragt. Das Amt wird dem Stabe der Obersten SA.-Führung angeschlossen. Zum Geschäftsführer und zum Stellvertreter Generals von Epp wird Oberst Haselmayr, zum wehrpolitischen Beauftragten in Berlin Oberstleutnant a. D. Sichting bestimmt.

Schließung sämtlicher höherer Schulen in Pommern

Köslin, 11. Sept. Um eine weitere Verbreitung der spinalen Kinderlähmung zu verhindern, hat das Provinzialschulkollegium in Stettin die Schließung sämtlicher höheren Schulen Pommerns bis zum 8. Oktober angeordnet.

Der Alldeutsche Verband über Grenzlandfragen

Rudolstadt, 11. Sept. Am Sonntagvormittag wurde die Hauptversammlung des Verbandstages mit einer Ansprache des Verbandsvorsitzenden, Justizrat Claß, eröffnet. Den ersten Vortrag hielt Schriftleiter Nehring (Berlin) über das Thema:

„Die deutsche Ostpolitik am Scheidewege."

Der Vortragende betonte, daß der politische Kurswechsel in der deutschen Politik in erster Linie die entscheidende Wendung in der deutschen Ostpolitik herbeiführen müsse. Die Bilanz der deutschen Ostpolitik, für die Stresemann, Curtius und Brüning verantwortlich gezeichnet hätten, sehe folgendermaßen aus: Im Osten werde Politik ohne uns und gegen uns gemacht. Deutschland sei diplomatisch, militärisch und wirtschaftlich eingekreist. Die Wiederherstellung der Achtung vor der deutschen Ehre sei die erste realpolitische Voraussetzung einer neuen deutschen Ostpolitik. Eine weitere Voraussetzung sei die klare Erkenntnis, daß unser Feind schlechthin der polnische Staat sei. Der erste Schritt müsse die Wiederherstellung der militärischen Sicherheit Deutschlands im Osten sein. Die deutsche Außenpolitik könne sich mit guten Gründen darauf stützen, daß die Sicherheit Deutschlands und ganz Europas durch Polen bedroht sei. Der Schutz der deutschen Ostgrenzen auf der Grundlage der Wehrfreiheit müsse Hand in Hand gehen mit der Aufrollung der durch die polnischen Vertragsbrüche unhaltbar gewordenen Danziger Frage. Das letzte Ziel bleibe die Gesamtrevision der unhaltbaren und schmachvollen Ostgrenzen, die Befreiung der deutschen Menschen, die von einem kulturell tief unter ihnen stehenden Volke unterdrückt würden, und des deutschen Lebensraumes von der Fremdherrschaft.

Dann nahm Dr. Hartmeyer (Wien) das Wort zu Darlegungen über „Deutsches Ringen in Deutschösterreich, Sudetenland und in Süd- und Osteuropa".

Den letzten Vortrag auf der Hauptversammlung hielt Bongartz über

„Die Lage in Elsaß-Lothringen".

Zentralisation, kulturelle und wirtschaftliche Assimilation seien nach wie vor die Ziele Frankreichs. Darin unterscheide sich Herriot eben so wenig von einem Poincaré, als in den außenpolitischen Fragen. Die Beseitigung der letzten Rechte der früheren Autonomie sei in Aussicht genommen, das gelte jetzt vor allem gegenüber den Rechten der Gemeinden. Augenblicklich setze man seine ganze Hoffnung auf die Zeit, die arbeite für Frankreich, sage man. Aber diese Hoffnung scheine trügerisch, wenn man sich des Volkscharakters Elsaß-Lothringens erinnere und wenn man die zunehmende Erkenntnis im Lande über die Folgen der unseligen Zentralisation und Assimilation feststelle. Das elsaß-lothringische Volk habe die Kraft, allen Maßnahmen zum Trotz den Kampf um seine heiligsten Güter weiterzuführen, das habe die Vergangenheit gezeigt, das werde auch die Zukunft erweisen.

Ein „Fest der deutschen Schule" des VDA.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 11. Sept. Zur Erhaltung der deutschen Schulen im Auslande veranstaltete am Sonntag im Berliner Stadion der Verein für das Deutschtum im Ausland ein „Fest der deutschen Schule", dem zahlreiche Vertreter der Reichsregierung und anderer offizieller Stellen beiwohnten. Vom Reichskabinett waren der Reichsinnenminister Freiherr v. Gayl, der Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk, sowie der Reichsernährungsminister v. Braun erschienen. Rund 12 000 Berliner Schüler und Schülerinnen hatten sich in den Dienst der Sache gestellt. Nach den Darbietungen eines Massenchors ergriff der Berliner Oberbürgermeister das Wort, um darzulegen, daß uns heute die Sorge um die Erhaltung der deutschen Auslandsschulen erfülle. Durch die große Veranstaltung solle der ganzen Welt gezeigt werden, daß die Deutschen ihre Aufgabe, für den Schutz ihrer Brüder außerhalb der Grenzpfähle zu sorgen, sehr ernst nehmen. **„Wir bitten nicht, wir fordern für die Deutschen im Ausland das Recht, deutsche Art und deutsche Sprache ungehindert zu pflegen."** Nach einer weiteren Ansprache des 1. Vorsitzenden des VDA., Reichsministers a. D. Dr. Geßler, verlas

Reichsinnenminister Freiherr von Gayl

eine Botschaft des Reichspräsidenten, der dem VDA. zum „Fest der deutschen Schule" die herzlichsten Grüße übersandte und den Wunsch aussprach, daß die Veranstaltung als kraftvolles Bekenntnis zum Deutschtum zur Festigung der Bande dienen möge, die uns mit unseren Brüdern außerhalb der Grenzen verbinden. Der Minister wies weiter darauf hin, daß in mehr als 80 fremden Ländern Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen leben. Er schloß mit dem Appell an die deutsche Jugend, sich die Begeisterung zu bewahren und unter Einsatz der Persönlichkeit und wenn es sein müsse, des Lebens, selbstlos sich für das deutsche Vaterland einzusetzen, denn sonst könne der Sehnsucht nach der deutschen Befreiung keine Erfüllung werden.

Das Programm der Veranstaltung brachte weiter Volkstänze, Massenreigen und andere Darbietungen. Den Höhepunkt bildete ein Festspiel „Volk will zu Volk".

Kerkerstrafen im Volkssportprozeß beantragt

Brünn, 11. Sept. Im Volkssportprozeß stellte der tschechische Staatsanwalt gegen alle sieben angeklagten Sudetendeutschen Strafanträge auf ein bis fünf Jahre schweren Kerkers, dazu hohe Geldstrafen und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Die Erhebung der Bürgersteuer

Berlin, 11. September. Die Durchführungsbestimmungen zur Erhebung der Bürgersteuer sind jetzt erlassen. Sie sehen vor, daß der rechnungsmäßig aus der Verordnung des Reichspräsidenten sich ergebende Betrag der Bürgersteuer 1932 drei Achtel des für das Rechnungsjahr 1931 ohne Ehefrauenzuschlag angeforderten Steuerbetrages ausmacht.

Er wird, wenn der Lohn in einem Zeitraum von mehr als einer Woche gezahlt wird, am 10. der Monate Oktober, November und Dezember 1932 erhoben. Wenn der Lohn in einem Zeitraum von nicht mehr als einer Woche gezahlt wird, wird er in sechs Teilbeträgen, und zwar am 10. und 24. der Monate Oktober und November 1932 und am 10. und 28. Dezember 1932 erhoben.

Soweit die Bürgersteuer auf Grund eines besonderen Bescheides erhoben wird, wird ihr gesamter Betrag am 10. November 1932 erhoben, wenn nicht mehr als 200 Prozent erhoben werden. Bei mehr als 200 Prozent erfolgt die Erhebung in zwei Terminen am 10. Oktober und 10. November 1932. Die Durchführungsverordnung enthält dann noch nähere Bestimmungen über den Zeitpunkt, an dem der Arbeitgeber die einbehaltenen Bürgersteuerbeträge abzuführen hat.